

Claudia Kraft

SCHAFFT SICH DER STAAT EINE POLNISCHE NATION ODER EINE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT?

Systemwandel durch Bevölkerungspolitik in Ostpreußen und Niederschlesien
im Vergleich

In seiner Beschreibung des 20. Jahrhunderts kommt Dan Diner zu dem Schluss, dass zwei Interpretationsachsen angelegt werden müssen, um die Ereignisse zu verstehen. Auf der einen Seite kann die Geschichte dieses Zeitraumes entlang des Erklärungsmusters „Weltbürgerkrieg der Werte und Weltanschauungen“ erzählt werden, auf der anderen Seite entlang der Parameter „Ethnos und Nationalität“. Aus der Sicht des späten 20. Jahrhunderts, das den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa miterlebt hat, kommt der zweiten Perspektive erneut besondere Bedeutung zu. Zum besseren Verständnis des Jahrhunderts plädiert der Autor für eine Verschränkung der Interpretationsachsen und leitet daraus eine Auswahl ihm dafür paradigmatisch erscheinender Forschungsgegenstände ab.¹ Einer davon ist die Geschichte Polens, bei deren Betrachtung Diner deutlich macht, wie unauflöslich die beiden genannten Perspektiven miteinander verbunden sind: Im kollektiven Gedächtnis der polnischen Bevölkerung verschmilzt die Erinnerung an die Leiden, welche aus der Unterdrückung der polnischen Nation resultierten, mit jener an die Leiden, die ihren Ursprung in den beiden totalitären Regime des Nationalsozialismus und des Kommunismus hatten.² Am Beispiel der Bevölkerungspolitik in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg soll in den folgenden Ausführungen aufgezeigt werden, inwieweit diese Perspektive für die Erforschung des Zusammenhangs von Zwangsmigration und Systemtransformation fruchtbar gemacht werden kann. Wenn es um die Frage des kollektiven Gedächtnisses geht, so wird laut Diner die Vertreibung der deutschen Bevölkerung in erster Linie als „ethnische Säuberung“ memoriert.³ Im Folgenden wird jedoch stärker als nach den erinnerungsgeschichtlichen Prägungen nach den historischen Akteuren und ihrer Praxis in der Nachkriegszeit zu fragen sein, wobei dennoch der Einfluss kollektiver Wahrnehmungsmuster selbst in einem zunehmend mit totalitärem Gestaltungsanspruch agierenden Regime nicht gering geschätzt werden sollte.

Bei der Erforschung des Zusammenhangs von Zwangsmigration und Systemtransformation scheinen vor allem zwei Fragenkomplexe von Bedeutung zu sein: Zum einen die Frage nach der „Konsolidierung des Staatsvolkes“, also die Analyse der gegenseitigen Beeinflussung von Nationalismus und Kommunismus; zum ande-

¹ Diner, Dan: Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung. Frankfurt a. M. 2000, 12–16.

² Ebenda 243.

³ Ebenda 245.

ren nach der Verortung von bevölkerungs- und strukturverändernder Siedlungspolitik auf der Agenda der neuen politischen Akteure. Um diese Fragen zu beantworten, werden hier vergleichend zwei Territorien vorgestellt, die durch die geopolitische Neuordnung Ostmitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen fielen: Zum einen geht es um den südlichen Teil Ostpreußens, der zunächst als „Masurischer Verwaltungsbezirk“ (Okręg Administracyjny Mazurski) und seit Mai 1946 als „Wojewodschaft Allenstein“ (Województwo Olsztyńskie) im polnischen Staat figurierte. Zum anderen wird Niederschlesien vorgestellt, das zunächst als „Niederschlesischer Verwaltungsbezirk“ (Okręg Administracyjny Dolnośląski) bzw. seit 1946 als „Wojewodschaft Breslau“ (Województwo Wrocławskie) bezeichnet wurde.

In der komparativen Betrachtung dieser beiden Territorien soll herausgearbeitet werden, welche Rolle den „neuen“ Gebieten bei der gesamtstaatlichen Systemtransformation zukam. Obgleich beide Untersuchungsfälle zu diesen neuen Territorien zählten, wird es sinnvoll sein, zu fragen, inwieweit sich die politischen Strategien unterschieden, die zur Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung und zur Umwandlung des sozioökonomischen Systems angewandt wurden. Als wichtigstes Differenzmerkmal, das diese vergleichende Untersuchung anleitet, wird die Tatsache gesehen, dass das südliche Ostpreußen eine traditionelle deutsch-polnische Kontaktzone darstellte,⁴ in der es eine mehrheitlich polnischsprachige, überwiegend protestantische masurische Bevölkerungsgruppe gab. Diese wurde sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und verstärkt im 20. Jahrhundert für das Projekt eines gegen die jeweils andere Titularnation gerichteten nation-building reklamiert.⁵ In Niederschlesien hingegen fehlte eine solche Gruppe, die sich aufgrund spezifischer kultureller, konfessioneller und sprachlicher Prägungen einer eindeutigen „nationalen Segregation“ entzog, wenn man von einer zahlenmäßig unbedeutenden Minderheit absieht.⁶ Neben diesem für die hier verfolgte Fragestellung wohl einschneidendsten Unterscheidungskriterium wird des Weiteren zu berücksichtigen sein, dass die beiden Territorien auch in ihrer wirtschaftlichen Struktur, ihrer geografischen Lage und in dem Maße, in dem sie jeweils durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden waren (Kriegszerstörungen,

⁴ Traba, Robert: Anpassen, abstoßen oder leben lassen? Die ostpreußische Südgrenze als identitätsstiftender Faktor für die Masuren und ihre polnischen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert. In: Stöber, Georg/Maier, Robert (Hgg.): Grenzen und Grenzräume in der deutschen und polnischen Geschichte. Scheidelinie oder Begegnungsraum? Hannover 2000, 183–203 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts 104).

⁵ Kossert, Andreas: Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956. Wiesbaden 2001 (Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien 12).

⁶ Zur polnischsprachigen Minderheit in Niederschlesien nach 1945 siehe Jankowiak, Stanisław: Wojewodschaft Breslau (Niederschlesien). Die Jahre 1946–1950. In: Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hgg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“ Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Bd. 4: Wojewodschaft Pommerellen und Danzig (Westpreußen), Wojewodschaft Breslau (Niederschlesien). Marburg 2004, 401–432, hier 427–432 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 4/IV).

Demontagen, Bevölkerungsverluste), differierten und somit unterschiedliche Bedeutung für den Systemwechsel im Gesamtstaat hatten.⁷ Ebenso wie diese Kriterien wird auch die Analyse der Planungen des polnischen Untergrundstaates, des polnischen Exils und des für einen politischen Systemwechsel nach sowjetischem Vorbild eintretenden politischen Lagers hinsichtlich der territorialen Gestaltung Nachkriegspolens in die Untersuchung einfließen. Mit diesem letztgenannten Punkt ist zugleich die Frage nach den Zäsuren des zu analysierenden Zeitraums verbunden.

Zäsuren und Kontinuitäten

Auch wenn aufgrund der Fokussierung auf die zahlreichen Migrationsbewegungen in, nach und aus Polen in den ersten Nachkriegsjahren dieser Zeitraum im Vordergrund der Erörterung stehen wird, sollte einerseits doch auch nach Kontinuitäten aus der Vorkriegs- und Kriegszeit sowie nach deren direkten und indirekten Nachwirkungen gefragt werden.⁸ Andererseits ist auch zu analysieren, zu welchem Zeitpunkt der Systemwechsel als abgeschlossen bzw. die kommunistische Monopolmacht als etabliert gelten kann. Als These soll hier formuliert werden, dass eine verschränkte Betrachtung von Nationalitäten- und Sozialpolitik zu einer Reformulierung bislang gängiger Zäsuren führen könnte. Weder das Kriegsende des Jahres 1945 noch die Jahre 1948/1949, die gemeinhin als Beginn der Phase des Stalinismus in der Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa, PRL) bezeichnet werden,⁹ scheinen hierbei als unbedingt evidente Zäsuren weiterhin Bestand haben zu müssen.

⁷ Zu den jeweiligen Vorgeschichten und Ausgangslagen bei Kriegsende siehe für Ostpreußen Kraft, Claudia: Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Wojewodschaft Allenstein (Województwo Olsztyńskie) in den Jahren 1945-1950. In: *Borodziej/Lemberg* (Hgg.): *Unsere Heimat*. Bd. 1: Zentrale Behörden, Wojewodschaft Allenstein. Marburg 2000, 431-480, hier besonders 434-453 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 4/1) (vgl. Anm. 6). – Für Niederschlesien siehe Kraft, Claudia: Das Jahr 1945. In: *Borodziej/Lemberg* (Hgg.): *Unsere Heimat*. Bd. 4, 357-399 (vgl. Anm. 6). – Zum direkten Vergleich der beiden Regionen in der unmittelbaren Nachkriegszeit siehe auch Kraft, Claudia: Comparing the Expulsion of Germans from East Prussia and Lower Silesia in the Immediate Post-War Period, 1945/46. In: *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento* 29 (2003) 657-671.

⁸ Zum Migrationsgeschehen in, aus und nach Polen siehe zuletzt *Stankiewicz, Witold/Hryciuk, Grzegorz* (Hgg.): *Atlas Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung. Ostmitteleuropa 1939-1959*. Warszawa 2009 (zuerst polnisch Warszawa 2008).

⁹ Gemeinhin werden die Jahre 1948/1949-1954/1955 als stalinistische Phase der Volksrepublik Polen bezeichnet, so etwa in neuen Darstellungen wie *Frisk, Andrzej*: *Polska. Losy państwa i narodu 1939-1989* [Polen. Das Schicksal von Staat und Nation 1939-1989]. Warszawa 2003, 163-214. – *Paczkowski, Andrzej*: *Strajki, bunt, manifestacje jako „polska droga“ przez socjalizm* [Streiks, Aufstände, Manifestationen als „polnischer Weg“ durch den Sozialismus]. Poznań 2003, 46-58. – *Zaremba, Marcin*: *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce* [Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Nationalistische Legitimierung der kommunistischen Macht in Polen]. Warszawa 2001, 175-221. – Vgl. aber auch die etwas differenziertere Periodisierung etwa bei *Fidelis, Małgorzata*: *Equality through Protection: The Politics of Women's Employment in Postwar Poland, 1945-1956*. In: *Slavic Review* 63 (2004) H. 2, 301-324, v.a. 302 f., Anm. 4.

Gerade wenn man nach den bevölkerungspolitischen Konzepten für die Nachkriegszeit fragt, wird deutlich, wie wichtig es ist, den personellen und gedanklichen Kontinuitäten über den Bruch des Kriegsendes hinweg Aufmerksamkeit zu schenken. Was die territorialen Planungen anbelangt, so kann man zunächst klar zwischen den Plänen der Exilregierung beziehungsweise des nichtkommunistischen Untergrundes im Lande auf der einen sowie jenen der polnischen Linken auf der anderen Seite unterscheiden. Für die erstgenannten politischen Kräfte war klar, dass man keine Gebietsverluste im Osten zugunsten der Sowjetunion zulassen wollte. Das Staatsgebiet im Westen hingegen sollte um die Gebiete Oberschlesien, Pommern und Ostpreußen unter nationalitätenpolitischen Gesichtspunkten „arrondiert“ werden. Aus diesen Gründen lehnte man auch zunächst – mit Ausnahme der drei nordöstlichen Kreise Namslau (Namysłów), Brieg (Brzeg) und Groß Wartenberg (Syców) – eine Inkorporation Niederschlesiens ab, das nur einen geringen Anteil an polnischsprachiger Bevölkerung aufwies.¹⁰ Neben den nationalitätenpolitischen Erwägungen spielten noch weitere Beweggründe eine Rolle: Die Zerschlagung Preußens und die Eingliederung Ostpreußens, das stellvertretend für „Preußen“ stand, sollte das „Einkreisungssyndrom“ der Zwischenkriegszeit aufheben.¹¹ Es wird im Folgenden noch zu fragen sein, inwieweit die Ineinsetzung von Ostpreußen mit Preußen – und wiederum von Preußen mit dem verhassten deutschen Okkupanten – die Wahrnehmung dieser Region durch polnische Behörden und Ansiedler beeinflusst hat.

Die polnische Linke hatte im Gegensatz dazu zunächst kein als solches zu bezeichnendes konkretes „Westprogramm“ entwickelt. Aufgrund ihrer vollständigen Ausrichtung auf die Sowjetunion und des damit zusammenhängenden Verzichts auf die polnischen Ostgebiete konnten die Kommunisten mit wenig Sympathie in der traditionell antirussisch bzw. antisowjetisch eingestellten Bevölkerung Polens rechnen. Daher erschien die Umlenkung dieser antisowjetischen Gefühle in ihrer Gesamtheit auf den deutschen Aggressor als der beste Weg, dieses Popularitätsdefizit zu mindern. Damit hing auch die Proklamierung maximaler Territorialforderungen im Westen zusammen, um den Verlust der ostpolnischen Gebiete auszugleichen. Die vollständige Aussiedlung der dortigen deutschen Bevölkerung wurde gefordert, um den Plänen des nichtkommunistischen Untergrundes und des Londoner Exils in nichts nachzustehen. Mit dieser Strategie näherte sich die Linke der politisch rechtsstehenden Gruppierung der polnischen Nationaldemokratie an, ohne jedoch im Entferntesten über einen vergleichbaren Stab von Geografen und Bevölkerungsplanern zu verfügen.¹²

¹⁰ Hofmann, Andreas R.: Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945–1948. Köln u.a. 2000, 42–52 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 30). – Dazu siehe auch Esch, Michael G.: „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950. Marburg 1998, 47–52 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 2).

¹¹ Vergleiche dazu Borodziej, Włodzimierz: Einleitung. In: Ders./Lemberg (Hgg.): Unsere Heimat. Bd. 1, 37–114, hier 48 (vgl. Anm. 7). – Krzoska, Markus: Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) als Historiker und Publizist. Osnabrück 2003, 97–201 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 8).

¹² Hofmann: Nachkriegszeit 52–59 (vgl. Anm. 10). – Esch: Gesunde Verhältnisse 52–78 (vgl. Anm. 10).

Doch die Konstellation zum Zeitpunkt des Kriegsendes hatte zur Folge, dass sich eine große Zahl der zuvor für die bürgerlichen Kräfte tätigen Experten in den Dienst der neuen dominierenden politischen Kraft in Polen stellte. Als die polnischen Kommunisten im Frühjahr 1945 den Verwaltungsaufbau in den neuen Territorien aufnahmen, begann die deutsche Bevölkerung bereits zu fliehen, beziehungsweise wieder zurückzukehren. Gleichzeitig kamen massenhaft Polen aus den an die Sowjetunion abgetretenen ehemaligen Ostgebieten sowie aus den zentralen Landesteilen, wo zahlreiche Menschen durch den Krieg mittellos geworden waren. Die polnische Linke, die sich bis dato nie als konzeptionelle Denkerin in Fragen der Grenzziehung und Demografie hervorgetan hatte, stand nun vor der Aufgabe, genau diese Problemfelder in ihr Programm der sozioökonomischen Umgestaltung einzubeziehen:

Die Ansiedlung der neuen Gebiete und die mit ihr verbundenen Bevölkerungsverschiebungen waren für sie [die polnische Linke, C.K.] entschieden nicht eine Frage der konzeptionellen *policy*, als vielmehr der praktischen *politics*.¹³

Dieser Analyse von Andreas R. Hofmann ist angesichts des in Polen herrschenden Nachkriegschaos sicherlich zuzustimmen.¹⁴ Doch es muss gefragt werden, inwieweit das Wissen und die Pläne bürgerlicher Bevölkerungsplaner aus der Vorkriegszeit diese praktischen *politics* mitbestimmten.

Michael Esch hat auf die Elitenkontinuität auf dem Gebiet der polnischen Bevölkerungswissenschaft über die Zäsur des Kriegsendes hinweg verwiesen,¹⁵ und herausgearbeitet, dass es den bürgerlichen Planern der Vorkriegszeit im Hinblick auf die als „nationalen Kampf“ empfundenen Territorialkonflikte zwischen Deutschen und Polen weniger um die Polonisierung der Bevölkerung als vielmehr um die „Polonisierung des Bodens“ ging. Diese galt es durch eine Lenkung der Siedlungsströme, die vor allem aus ökonomischen Gründen in Gang gekommen waren, zu befördern.¹⁶ Auch für die bürgerlichen Wissenschaftler wurden die Aufgabe der polnischen Ostgebiete – die den polnischen Kommunisten aufgrund der ideologischen Nähe zur Sowjetunion zunächst leichter gefallen war als der Exilregierung und dem nicht-kommunistischen Untergrund – sowie die Ausdehnung des polnischen Territoriums an Oder und (Lausitzer) Neiße mit zunehmender Dauer des Krieges zu einer Lösung, die sowohl aus nationalitäten- als auch strukturpolitischer Ratio zu verfolgen war. Prominentestes Beispiel für diese Interessenkonvergenz trotz gänzlich unterschiedlicher politischer Affinitäten war die Figur des polnischen Historikers Zygmunt Wojciechowski (1900-1955), für den der Verlauf des Warschauer Auf-

¹³ Hofmann: Nachkriegszeit 59. Hervorhebungen im Original (vgl. Anm. 10).

¹⁴ Seit Januar 1945 berichteten die Behörden vom massenhaften Zustrom ostpolnischer Umsiedler in die zentralpolnischen Gebiete, der organisatorisch für sie nicht zu bewältigen sei. Siehe dazu die Dokumentensammlung: *Przesiedlenie ludności polskiej z kresów wschodnich do Polski 1944-1947* [Die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den Ostgebieten nach Polen 1944-1947]. Herausgegeben von Stanisław Ciesielski. Warszawa 1999, Dokument Nr. 18 vom 3. Januar 1945, 77, und Dokument Nr. 37 vom 16. März 1945, 100-102.

¹⁵ Esch: Gesunde Verhältnisse 71-78 (vgl. Anm. 10). – Vergleiche auch Hofmann: Nachkriegszeit 50-52 (vgl. Anm. 10).

¹⁶ Esch: Gesunde Verhältnisse 252-261 (vgl. Anm. 10).

standes 1944 eine Art „Wende“ bedeutete und der sich zu Beginn des Jahres 1945 auf die polnischen Linksparteien zubewegte. Mit dem im Februar desselben Jahres gegründeten „West-Institut“ (Instytut Zachodni) in Posen (Poznań) begleitete er gewissermaßen die Westverschiebung Polens wissenschaftlich.¹⁷

Es wird im Weiteren noch zu fragen sein, ob die Beziehung zwischen den ehemals der polnischen „Nationaldemokratie“ (Narodowa Demokracja, Endecja) nahe stehenden Protagonisten und der neuen Staatsführung für die Erstgenannten hinreichend mit deren Einsatz „für eine Staatsräson jenseits ideologischer Fragen“¹⁸ beschrieben werden kann. Das Theoriegebäude der Nationaldemokratie, das seit dem späten 19. Jahrhundert entscheidend von deren politischem Vordenker Roman Dmowski (1864–1939) geprägt worden war, verstand den Staat als „das Instrument, das die politischen und wirtschaftlichen Interessen seiner Einwohner zusammenfasste und ihnen eine Richtung verlieh.“¹⁹ Wenn sich die Nation wie bei Dmowski als Gemeinschaft verstand, deren Zusammenhalt durch gleiche Interessen gegeben war, so implizierte dies ein Denken, das eine Kongruenz von Staat und Nation voraussetzte, die es in Polen nach 1945 im kommunistischen Nationalstaat zu schaffen galt und an deren Verwirklichung sich auch bürgerliche Wissenschaftler vor dem Hintergrund nationaldemokratischen Staatsdenkens beteiligen konnten. Diese Konstellation könnte auch unter der Fragestellung interessant sein, wie viel an nationaldemokratischen nationalitätenpolitischen Konzeptionen in das Denken der polnischen Kommunisten einsickerte, die, was „nationale Fragen“ anbelangte, traditionell eher „unmusikalisch“ waren.²⁰

Auch die zweite Zäsur, welche die endgültige Errichtung der kommunistischen Monopolmacht bezeichnen soll, wird nicht unbedingt eindeutig zu bestimmen sein, wenn Sozial- und Nationalitätenpolitik in ihrer jeweiligen Verschränkung gleichberechtigt in die Analyse einbezogen werden. Im Zuge seines Auf- und Ausbaus richtete sich der Repressionsapparat der neuen Staatsmacht gegen immer neue Gruppen, auch wenn die formalrechtliche Grundlage, auf der diese Repressionspolitik beruhte, in manchen Bereichen dieselbe blieb. Beispielhaft dafür kann etwa die strafrechtliche Verfolgung so genannter Okkupationsverbrechen stehen, bei der zunächst deutsche Kriegsverbrecher, daraufhin „Volksdeutsche“, welche die deutsche Volksliste unterschrieben hatten, und schließlich Angehörige polnischer oppositioneller Parteien und Bewegungen ins Visier der Strafverfolgungsbehörden gerieten. Seit 1947/1948 wurden vor allem Angehörige des nichtkommunistischen Untergrundes

¹⁷ Krzoska: Für ein Polen 325–329, 331–350 (vgl. Anm. 11). – Mazur, Zbigniew: Antenaci. O politycznym rodowodzie Instytutu Zachodniego [Vorfahren. Über die politische Herkunft des Westinstituts]. Poznań 2002, 426–448.

¹⁸ So Strauchold, Grzegorz: Der Westgedanke in der polnischen Geschichtswissenschaft nach 1945. In: Piskorski, Jan M./Hackmann, Jörg/Jaworski, Rudolf (Hgg.): Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Osnabrück, Poznań 2002, 47–80, hier 53 (Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung 1).

¹⁹ Hofmann: Nachkriegszeit 38 (vgl. Anm. 10).

²⁰ Ebenda 53 f.

zum Ziel der strafrechtlichen Bestimmungen, die eigentlich als Reaktion auf die Exzeptionalität deutscher Okkupationsverbrechen erlassen worden waren.²¹

Da gerade niedriger stehende Parteikader sowie Beamte auf der lokalen Verwaltungsebene nur selten hinreichend über die teilweise komplizierten Nationalitätenverhältnisse in Regionen wie Masuren oder Oberschlesien informiert waren, kam es häufig vor, dass sich die gegen die „Volksdeutschen“ geschürte Stimmung generell gegen alle nicht eindeutig der polnischen Nationalität zuzuordnenden Personen richtete. Die Errichtung eines als zunehmend repressiv empfundenen Machtapparates wird dementsprechend für die jeweiligen Bevölkerungsgruppen auf einen je eigenen Zeitpunkt datiert werden müssen. Während sich viele der so genannten „Autochthonen“ im südlichen Teil des ehemaligen Ostpreußens bereits im Jahr 1946 durch die ihnen gegenüber angewandte Politik in ihrem Land nicht mehr heimisch fühlten,²² erinnerten polnische Neusiedler das Jahr 1949 mit der einsetzenden Kollektivierung als prägende Zäsur der Nachkriegszeit. So beschreibt ein ostpolnischer Vertriebener, der sich in Niederschlesien angesiedelt hatte, die Jahre 1947 bis 1949 in der Rückschau folgendermaßen:

Das Dorf wurde immer wohlhabender und belieferte die Einwohner der nahe gelegenen Städte mit immer mehr und immer besseren Lebensmitteln. Es kam auch zu einem langsamen Prozess der Integration und der Konsolidierung der ländlichen Gesellschaft, die ethnisch und kulturell doch so unterschiedlich war. Leider unterbrach die seit 1949 beginnende so genannte „Kollektivierung des Dorfes“ diesen Prozess.²³

Die Bedeutung der beiden Territorien für den Gesamtstaat

Wie bereits erwähnt, hatte Ostpreußen bereits in Planungen der Vorkriegszeit im künftigen territorialen Konzept Polens fungiert und besaß durch seine Assoziation mit Preußen bzw. dem gesamten Deutschen Reich und dem diesen zugeschriebenen „Drang nach Osten“ einen hohen symbolischen Wert. Ganz im Gegensatz dazu stand die Inbesitznahme des nördlichen Teils von Ostpreußen durch die Sowjetunion, welche diesen als genuine Kriegsbeute betrachtete und dementsprechend ausbeutete. Diese Einstellung spiegelte sich auch in der Haltung von Einheiten der Roten Armee wider, die sich auf dem Territorium des südlichen Ostpreußens in den Monaten nach Kriegsende aufhielten. Sie betrachteten die Region weiterhin als deutsches Territorium, sodass die polnische Regionalverwaltung daran gehen musste, auch bei den Soldaten der Roten Armee Aufklärungsarbeit über die polnische Vergangenheit von Ermland und Masuren zu leisten.²⁴ Der hohe symbolische Wert,

²¹ Pasek, Andrzej: *Przestępstwa okupacyjne w polskim prawie karnym z lat 1944-1956* [Okkupationsverbrechen im polnischen Strafrecht in den Jahren 1944-1956]. Wrocław 2002, 35-39 und 200 f. (Acta Universitatis Wratislaviensis 2376).

²² Kraft: *Wojewódzka Allenstein* 440, 460 f. (vgl. Anm. 7).

²³ Centrum Karta w Warszawie, Archiwum Wschodnie [Zentrum Karta in Warschau, Ostarchiv], Signatur II/2155/p, 19 f. – Siehe dazu auch Mrowka, Heinrich: *Bodenreform und Kollektivierung als Instrumente der Integration nationaler Minderheiten in Polen*. In: *Lemberg, I Ians (Hg.): Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg*. Marburg 1991, 240-255, hier 255.

²⁴ Siehe z. B. das Dokument Nr. 240 in: Kraft: *Wojewódzka Allenstein* 491 f. (vgl. Anm. 7).

der aus der Assoziation Ostpreußens mit dem „deutschen Drang nach Osten“ erwuchs, während es aber gleichzeitig polnischstämmige Bevölkerung in diesem Gebiet gab, führte dazu, dass es manchmal als „urdeutsches“ und manchmal als „urpolnisches Land“ galt. Die erstgenannte Sichtweise überwog bei den polnischen Umsiedlern aus den nahe gelegenen zentralpolnischen Gebieten, die nun für eine dauerhafte Ansiedlung oder auch nur für eine Art Beutezug die Vorkriegsgrenze zum ehemaligen Ostpreußen überschritten und nicht selten die gesamte dortige Bevölkerung mit den nationalsozialistischen Besatzern gleichsetzten.²⁵ Diametral entgegengesetzt dazu war die Einstellung polnischer masurischer Aktivisten, die generell alle sich selbst als Ermländer und Masuren bezeichnenden Bewohner als Menschen polnischer Herkunft behandelt wissen wollten.²⁶

Obwohl sich die Pläne für eine Inkorporation Niederschlesiens erst im Laufe des Krieges entwickelt hatten, gewannen diese Region und vor allem auch Breslau (Wrocław) als größte Stadt der neuen Nord- und Westgebiete, sehr rasch an Bedeutung für die politischen und sozioökonomischen Planungen der Nachkriegszeit. Während es schwierig war, Verwaltungspersonal für das abgelegene südliche Ostpreußen zu rekrutieren, entwickelte sich in Niederschlesien sehr rasch eine lebhaft Konkurrenz um Posten und Einfluss zwischen der kommunistischen „Polnischen Arbeiterpartei“ (Polska Partia Robotnicza, PPR) und der „Polnischen Sozialistischen Partei“ (Polska Partia Socjalistyczna, PPS).²⁷ Breslau sollte zu einer Art „Hauptstadt“ der neuen polnischen Gebiete und ganz Niederschlesien zu einem Laboratorium der neuen Gesellschaftsordnung werden. Die polnischen Linksparteien wollten durch eine Aufwertung Breslaus auch die Stellung Posens (Poznań) schwächen, das mit dem West-Institut und den darum versammelten Wissenschaftlern (häufig antikomunistischer nationaldemokratischer Provenienz) rasch zu einem Zentrum der „Westforschung“ geworden war und auf die Nord- und Westgebiete ausstrahlte.²⁸

Im Gegensatz zu Ostpreußen spielte die Frage nach der Haltung gegenüber einer als polnischstämmig deklarierten Bevölkerung in Niederschlesien kaum eine Rolle. Dennoch wurde auch diese Region in einen national konnotierten Diskurs mitein-

²⁵ *Ebenda* 459 f.

²⁶ So etwa der für die Nationalitätenpolitik zuständige Vizestarost Jerzy Burski, der sich schon in der Zweiten Republik im grenznahen Działdowo (Kreis Soldau) für die Belange der masurischen Bevölkerung eingesetzt hatte, in seiner im Mai 1945 herausgegebenen Instruktion zur Behandlung der so genannten einheimischen Bevölkerung. In: *Baryła, Tadeusz: Warmiacy i Mazurzy w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945* [Ermländer und Masuren in der Volksrepublik Polen. Dokumentenauswahl. Das Jahr 1945]. Olsztyn 1994, 36 f.

²⁷ *Kaszuba, Elżbieta: PPR i PPS – rywalizacja o wpływ w powojennym Wrocławiu* [PPR und PPS – Rivalität um den Einfluss im Breslau der Nachkriegszeit]. In: *Łach, Stanisław* (Hg.): *Władze komunistyczne wobec Ziemi Odzyskanych po II wojnie światowej* [Die kommunistischen Behörden gegenüber den Wiedergewonnenen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg]. Słupsk 1997, 85–97.

²⁸ *Strauchold, Grzegorz: Wrocław okazjonalna stolica Polski. Wokół powojennych obchodów rocznic historycznych* [Breslau als Gelegenheitshauptstadt Polens. Zur Begehung historischer Jahrestage in der Nachkriegszeit]. Wrocław 2003, 18–20.

bezogen. Dabei war es schwieriger als im ostpreußischen Fall, ihren „urpolnischen“ Charakter zu behaupten. Vielmehr ging es darum, Polen in seiner veränderten territorialen Gestalt, aber auch in einem neuen Nationsverständnis zu rekonstruieren. Padraic Kenney etwa hat darauf hingewiesen, dass sich die im Nachkriegspolen verwendeten Wiederaufbaumetaphern in ihrer Bedeutung deutlich unterschieden. Stand etwa bei anderen Großstädten wie Lodz (Łódź) die materielle Aufbauleistung der Arbeiterschaft im Vordergrund, so sah man deren Tätigkeit in Breslau vor allem unter dem Blickwinkel eines „move to the nation's frontier“.²⁹ Aufbauarbeit meinte damit immer auch Arbeit an einer neuen staatlichen und nationalen Identität. Niederschlesien stand damit paradigmatisch für den Versuch der in der Bevölkerung um Anerkennung ringenden Kommunisten, den sozioökonomischen Umbau auch in der Semantik ethnisch-nationaler Konsolidierung zu formulieren. Zu diesem Ergebnis kommt auch Dan Diner: „Die sich als ‚Vereinigte Arbeiterpartei‘ verstehenden polnischen Kommunisten suchten die nationale Frage als eine territoriale mit politischen und sozialen Werten zu verknüpfen.“³⁰

Sozialpolitik als Bevölkerungspolitik? Die unmittelbare Nachkriegszeit 1945/46

Wie am Beispiel Niederschlesiens deutlich wird, konnten nationale und sozialrevolutionäre Rhetorik im Falle der neuen Nord- und Westgebiete eine enge Verbindung eingehen. Institutionell wurde diese durch die Gründung des „Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete“ (Ministerstwo Ziem Odzyskanych, MZO) im November 1945 gefestigt, das unter dem PPR-Politiker Władysław Gomułka (1905–1982) die Richtlinienkompetenz für die soziale und bevölkerungspolitische Umgestaltung der neuen Gebiete für sich beanspruchte. Die PPR benannte dabei die Bodenreform als ein Mittel zur „Entdeutschung“. Die Vertreibung der Deutschen und die Konfiszierung ehemals deutschen Besitzes wurden hingegen nicht als Vorbedingung für die Umgestaltung der Besitzverhältnisse gesehen.³¹ Bedeutete aber eine solche Kausalitätsbeziehung tatsächlich, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die ethnischen Konflikte ins Zentrum gerückt waren und durch soziale Konflikte nur weiteren Zündstoff erhielten?³² Oder aber verstanden es die neuen polnischen Machthaber nicht vielmehr, nationale und soziale Konfliktlagen je nach Bedarf miteinander zu konvertieren?

Betrachtet man die behördliche Politik gegenüber den Deutschen im ehemaligen Ostpreußen, so wird deutlich, dass man das „deutsche Problem“ nicht prioritär behandelte. Die zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus Frauen, Kindern und älteren Menschen bestehende deutsche Bevölkerung wurde in erster Linie als eine Art

²⁹ Kenney, Padraic: *Rebuilding Poland. Workers and Communists, 1945–1950*. New York 1997, 141. – Thum, Gregor: *Die fremde Stadt: Breslau 1945*. Berlin 2003, 304–337.

³⁰ Diner: *Das Jahrhundert verstehen* 133 (vg. Anm. 1).

³¹ Borodziej: *Einleitung* 58 (vgl. Anm. 11).

³² Schultz, Helga: *Bevölkerungstransfer und Systemwandel*. In: Dies. (Hg.): *Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg*. Berlin 1999, 10 (Frankfurter Studien zur Grenzregion 4).

sozialer Ballast empfunden, der das ohnehin strukturschwache Gebiet bedrückte.³³ Während in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 zwar gerade von den lokalen Behörden für eine so genannte freiwillige Ausreise geworben wurde, um Platz für Umsiedler aus Ost- und Zentralpolen zu schaffen, hatte man in Warschau die Region nicht auf der Rechnung, als es um eine rasche, vollendete Tatsachen schaffende Abschiebung der Deutschen noch vor dem Beginn der offiziellen Aussiedlungstransporte ging. Im Gegenteil – auch als diese Transporte seit Februar 1946 in allen neuen Nord- und Westgebieten anliefen, blieb die Wojewodschaft Allenstein zunächst davon ausgenommen. Lediglich deutsche Lehrer und Geistliche versuchte man in Sammeltransporten außer Landes zu bringen, da man befürchtete, dass von diesen negativer Einfluss auf die zu (re-)polonisierenden Ermländer und Masuren ausgehen könnte.³⁴

In dieser Region war damit die Behandlung der bei Kriegsende noch anwesenden deutschen Bevölkerung unauflöslich mit den Maßnahmen gegenüber der so genannten autochthonen, das heißt der tatsächlich bzw. vermeintlich polnischstämmigen Bevölkerung verbunden. Man wird also von allzu pauschalisierenden Aussagen Abstand nehmen müssen, die versuchen, ein umfassendes Konzept der polnischen Nachkriegsbehörden für die neuen Territorien zu benennen. Sicherlich war die Zielvorstellung der polnischen Planer die vollständige Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und somit die Polonisierung des Landes und nicht der Menschen.³⁵ Doch zeigt das Beispiel der Wojewodschaft Allenstein, dass dieses Konzept nicht stringent verfolgt wurde und vor allem zwischen den zentralen und lokalen Behörden nicht unbedingt konsensfähig war. Während die zentralen Behörden nach anfänglicher Indifferenz gegenüber dem bislang eher von den Nationaldemokraten besetzten Thema nach dem Motto verfahren, „keine polnische Seele“ abzugeben, und daher vor dem Beginn der Aussiedlung eine umfassende Verifizierungsaktion durchführen lassen wollten, überwog bei den lokalen Amtsträgern die Neigung, im Zweifel vermeintliche „Autochthone“ als Deutsche zu behandeln. Damit sollte den materiellen Interessen der Neusiedler Priorität vor der „Repolonisierung“ der bereits anwesenden Bevölkerung gegeben werden.³⁶

Besonders deutlich wird diese Uneinheitlichkeit der Politik, wenn man die drei ehemals ostpreußischen Kreise Elbk (Lyck), Margrabowa bzw. seit 1928 auch Olecko (Ireuburg) und Goldap (Goldap) betrachtet. Diese Gebiete wurden im Sommer 1945 nicht der „neuen“ Wojewodschaft Allenstein zugeschlagen, sondern den Behörden von Białystok unterstellt. Dort schienen die Deutschen in siedlungspolitischen Erwägungen überhaupt keine Rolle zu spielen. Sie wurden aber – und zwar länger als in anderen Gegenden – diskriminierenden Anordnungen ausgesetzt. So mussten sie zum Beispiel trotz des Verbots dieser Maßnahme durch das „Ministerium für Öffentliche Verwaltung“ (Ministerstwo Administracji Publicznej, MAP)

³³ Kraft: Wojewodschaft Allenstein 459 f. (vgl. Anm. 7).

³⁴ Ebenda Dokument Nr. 283, 553.

³⁵ Darauf hat Michael G. Esch hingewiesen und damit eine Parallele zur deutschen Bevölkerungspolitik während des Zweiten Weltkriegs aufgezeigt. Esch: Gesunde Verhältnisse 260 f. (vg. Anm. 10).

³⁶ Kraft: Wojewodschaft Allenstein 461 f. (vgl. Anm. 7).

weiße Armbinden mit einem N für „Niemiec“ (Deutscher) tragen.³⁷ Ihre Aussiedlung wurde aber weder von den Lokalbehörden noch von den zuständigen Zentralbehörden forciert – das heißt in diesem Falle vom MAP und nicht vom MZO, da das MAP für die schon in der Vorkriegszeit bestehenden Wojewodschaften zuständig war.³⁸ In manchen Situationsberichten der zuständigen Kreisverwaltungen wurden die Deutschen als „nationale Minderheit“ bezeichnet.³⁹ Ihre anachronistische Inkorporation in die polnische Staatsnation der Vorkriegszeit zeigt, dass man die drei Kreise nicht als „Wiedergewonnene Gebiete“ betrachtete, sondern wie Vorkriegs-territorium behandelte. Dies hatte vor allem Auswirkungen auf den Umgang mit der so genannten autochthonen Bevölkerung. In einem Bericht vom Juli 1945 fasste der Kreisvorsteher von Elk das *Procedere* gegenüber dieser wie folgt zusammen:

Im Verständnis des Referats ist die masurische Nationalität, welche sich der polnischen Sprache bedient, seit Urzeiten mit dem polnischen Boden verbunden, sie wird zur polnischen Nationalität gezählt und kann als masurische eigenständig nicht existieren, und so fordert das Referat von allen sich meldenden Antragstellern, die sich als polnische Masuren ausgeben, die Einreichung einer Eingabe um die Feststellung ihrer polnischen Herkunft und die Unterzeichnung einer Treuerklärung. Dagegen werden Antragsteller, die ihre Nationalität als „deutscher Masure“ angeben, als Deutsche angesehen.⁴⁰

Während man in der Nachbarwojewodschaft Allenstein also durchaus an die Polonisierung von Menschen dachte, war hier eine solche aufgrund der angenommenen „Polonität“ des Bodens nicht nötig; das Bekenntnis zum „Polentum“ glich eher einem voluntaristischen Akt. Konsequenzen hatte dies auch für den Umgang mit dem masurischen Besitz. Das Wojewodschaftsamt in Białystok bevorzugte sehr viel konsequenter als sein Pendant in Allenstein polnische Neusiedler, wenn es um die Besetzung von leer stehenden Bauernstellen ging, die zurückkehrenden Masuren gehörten.⁴¹ Die daraus resultierende Rechtssicherheit für die Neusiedler wurde damit als wichtiger eingeschätzt als die Gewinnung der Masuren für den polnischen Staat. Im Jahr 1949 schließlich wurden die noch nicht verifizierten Masuren kurzerhand in die Statistik der auszusiedelnden Deutschen eingegliedert.⁴²

Der bereits erwähnte Konkurrenzkampf zwischen PPR und PPS um politischen Einfluss in Niederschlesien lässt erahnen, dass hier ein beträchtliches materielles Potenzial vermutet wurde, das den jeweiligen politischen Kräften zur künftigen Festigung ihrer Hausmacht würde dienen können. Seit dem Winter 1944/1945 trafen Aussiedlungstransporte mit ostpolnischer Bevölkerung im neuen polnischen Staatsgebiet ein, die zunächst in den östlichen Wojewodschaften Zentralpolens zum Stillstand kamen und dort unter zum Teil chaotischen Umständen auf ihre Weiterfahrt warteten.⁴³ Sie verschärften die dort ohnehin angespannte Versorgungssituation, da

³⁷ *Ebenda* Dokument Nr. 266, 529, und Dokument Nr. 272, 536.

³⁸ *Ebenda* Dokument Nr. 317, 607.

³⁹ *Ebenda* Dokument Nr. 285, 555.

⁴⁰ *Ebenda* Dokument Nr. 248, 502.

⁴¹ *Ebenda* 502 f., Anm. 3.

⁴² *Ebenda* Dokument Nr. 333, 641 f.

⁴³ Siehe zum Beispiel *Ciesielski: Przesiedlenie*, Dokument Nr. 18, 77, und Dokument Nr. 37, 101–103 (vg. Anm. 14).

in vielen Gegenden Zentralpolens in den ersten Monaten des Jahres 1945 aufgrund der Kriegszerstörungen katastrophale Lebensbedingungen herrschten.⁴⁴ Um diesen Missständen abzuweichen, sollte die gesamte ostpolnische, aber auch ein Teil der mittellosen zentralpolnischen Bevölkerung so schnell wie möglich in die neuen Gebiete gebracht und dort angesiedelt werden.⁴⁵ Doch was in den Planungen der Kriegszeit als ein auf Jahre angelegter Prozess konzeptionalisiert worden war,⁴⁶ überrollte nun geradezu alle politischen Akteure in Form unkoordinierter und vielfältiger Migrationsbewegungen.

Das bereits bestehende Chaos wurde durch polnische Regierungsdirektiven noch verstärkt. In den letzten Junitagen 1945 sollten vor allem die grenznahen Territorien von deutscher Bevölkerung „gesäubert“ werden, um bereits vor der Konferenz in Potsdam gewissermaßen vollendete Tatsachen zu schaffen und ein deutliches Zeichen zu setzen. Man wollte zeigen, dass man die neuen Gebiete rasch mit polnischer Bevölkerung besiedeln könne und dies auch unbedingt wolle.⁴⁷ Die ungenügend vorbereitete Aktion wirkte im Hinblick auf das Ziel einer planmäßigen Besiedlung eher kontraproduktiv. Gerade auch in Niederschlesien beschwerte sich schließlich die regionale Verwaltung, dass das überstürzte Abschieben der Deutschen über die Grenze, dem sich zunächst aufgrund logistischer Probleme keine koordinierte Übernahme der verlassenen Immobilien durch polnische Bevölkerung anschließen konnte, der Region große materielle Verluste eingebracht habe.⁴⁸

Betrachtet man die zum Teil brachiale Rhetorik, welche die Militäraussiedlungen begleitete und die ganz offensichtlich antideutsche Ressentiments aktivieren bzw. – so bereits vorhanden – bedienen sollte,⁴⁹ wird klar, dass man es hier mit einem Beispiel für die Instrumentalisierung der deutschen Frage zu tun hat. Die antideutsche Einstellung im Nachkriegspolen wurde als so verbreitet angesehen, dass man glaubte, die eigene politische Position zu stärken, wenn man auf diese Karte setzte. Vorstellungen von den neuen Gebieten als einer tabula rasa, auf welcher der sozio-ökonomische Umbau quasi unter Laborbedingungen erprobt werden konnte, sollten bezeichnenderweise erst seit 1947 in den gesellschaftspolitischen Konzepten der polnischen Kommunisten eine Rolle spielen.⁵⁰ Zu diesem frühen Zeitpunkt hatten sie ein solches social engineering noch nicht im Sinn: Einerseits, weil entgegen verbreiteter Propaganda die neuen Gebiete eben kein menschenleeres Land waren, andererseits, weil im politischen Kalkül ein national engineering zunächst Erfolg versprechender erschien, wenn es darum ging, Ansehen in der Bevölkerung zu erringen.

⁴⁴ *Borodziej/Lemberg* (Hgg.): *Unsere Heimat*. Bd. 1, Dokument Nr. 10, 133 (vgl. Anm. 7). – *Kraft*: *Wojewodschaft Allenstein* 443, Anm. 27 (vgl. Anm. 7).

⁴⁵ *Ciesielski*: *Przesiedlenie*, Dokument Nr. 46, 126, und Dokument Nr. 62, 155 f. (vgl. Anm. 14).

⁴⁶ *Esch*: *Gesunde Verhältnisse* 263 (vgl. Anm. 10).

⁴⁷ *Borodziej*: *Einleitung* 67–73 (vgl. Anm. 11).

⁴⁸ *Kraft*: *Jahr 1945*, 380–383 (vgl. Anm. 7).

⁴⁹ *Ebenda* Dokument Nr. 168, 458–462, hier 458. Dort heißt es: „Es ist Euch die ehrenvolle Aufgabe zuteil geworden, den uralten polnischen Boden von deutschem Ungeziefer zu säubern.“

⁵⁰ *Esch*: *Gesunde Verhältnisse* 225 (vgl. Anm. 10).

Leidtragende dieser auf kurzfristigen Popularitätsgewinn in der Bevölkerung setzenden Politik waren vor allem die Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostpolen. Sie hatten in dieser unkoordiniert verlaufenden ersten Besiedlungsphase weitaus schlechtere Karten als ihre Landsleute aus Zentralpolen, die allein durch die größere Nähe zu den neuen Territorien einen Startvorteil besaßen. Hinzu kam, dass die kommunistischen Machthaber argwöhnten, unter den Ostpolen seien antikommunistische Einstellungen aufgrund der Erlebnisse aus der Zeit der sowjetischen Besatzung von Herbst 1939 bis Sommer 1941 (noch) stärker als in der restlichen Bevölkerung verwurzelt.⁵¹ Ein Situationsbericht des Breslauer Wojewodschaftskomitees der PPR aus dem Sommer 1946 gibt recht anschaulich diese Einschätzung der ostpolnischen Neusiedler durch die Partei wieder:

Die Zusammensetzung der Bevölkerung Niederschlesiens bestimmt ihre Stimmungen, ihre Einstellung zum demokratischen Lager. Ein erheblicher Teil dieser Bevölkerung sind Repatrianten von östlich des Bugs, häufig sind es ehemalige Militärsiedler, reiche Bauern, die die Stütze der Sanacja⁵² in den so genannten „Ostgebieten“ waren. Die Kriegserlebnisse, das Jahr 1939, die Pogrome der Bandera-Leute⁵³ haben bei diesen Leuten, die schon immer chauvinistisch eingestellt waren, die antisowjetischen Stimmungen noch potenziert. Noch stärker wiegt für sie ihre Repatriierung von jenseits des Bugs. Die Verbundenheit mit der Gegend, in der sie geboren sind, ist bei ihnen so stark und lebendig, dass sie sich mit dieser Tatsache [der Repatriierung, C. K.] noch nicht abgefunden haben. So haben sich zum Beispiel die Repatrianten aus Borysław, die aus den elenden Lehmhütten in Borysław in komfortable Wohnungen in Wałbrzych übersiedelten, die luxuriös und modern und in der Regel mit Klavier eingerichtet sind, noch nicht mit ihrem Schicksal abgefunden und träumen auch von einer Rückkehr nach Borysław. Die Mehrzahl der Repatrianten hat sich noch nicht mit der Tatsache der Grenzverschiebung abgefunden, und es kommt sogar vor, dass PPR-Leute von jenseits des Bugs die Meinung äußern, dass die „Ostgebiete“ zu uns zurückkehren. Ihren Hass gegenüber der Sowjetunion leiten sie in der Mehrheit auf das demokratische Lager um. [...] Die Stimmung dieser Masse spiegelt das Referendum in zwei Wahlkommissionen für Repatrianten wider, die gerade von jenseits des Bugs angekommen sind und sich noch auf dem Treck befinden. In einer gab es bei 950 Stimmberechtigten kaum Ja-Stimmen. In der zweiten Kommission erreichte die Zahl des „Nein“ dreimal 85 %. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass diese Leute sich noch unsicher und ängstlich in den neuen Gebieten fühlen, es zeugt von ihrer kämpferischen Ablehnung der Regierung.⁵⁴

Interessant ist an diesem Situationsbericht in unserem Zusammenhang, dass die Partei im Gegensatz zu ihrem Umgang mit der deutschen Bevölkerung, bei dem sie sich in erster Linie als Sachwalterin nationaler und erst danach sozialer Interessen gerierte, hier politische Präferenzen und soziale Chancen in den Vordergrund

⁵¹ Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956. Göttingen 1998, 146 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127).

⁵² „Sanacja“ (Sanierung) war die Bezeichnung des Regierungslagers der Vorkriegszeit, das seit dem Putsch von 1926 das politische Leben in Polen bestimmt hatte.

⁵³ Stepan Bandera war der Anführer einer Fraktion der Organisation Ukrainischer Nationalisten, die während des Zweiten Weltkriegs für einen unabhängigen ukrainischen Staat gekämpft hatten.

⁵⁴ Komitet Wojewódzki PPR we Wrocławiu: Sytuacja polityczna na Dolnym Śląsku, 1946 [Wojewodschaftskomitee der PPR in Breslau: Politische Situation in Niederschlesien, 1946]. Archiwum Państwowe we Wrocławiu [Staatsarchiv Breslau], Komitet Wojewódzki PPR [Wojewodschaftskomitee der PPR] 1/V/3, 15.

rückte, und die regionale Verbundenheit der Ostpolen nur als eine von diesen beiden Parametern abgeleitete Variable wahrgenommen wurde. Die Partei hätte sich wohl besser fragen sollen, ob die Ostpolen mit ihrem „Nein“ auf die Fragen des im Juni 1946 durchgeführten Referendums⁵⁵ weniger ihrer Ablehnung der neuen politischen und sozialen Wirklichkeit als eher ihrer Entwurzelung durch die Zwangsumsiedlung Ausdruck geben wollten. Während also bei einer Bodenreform, die „als Mittel zur Entdeutschung“ gepriesen wurde, die nationale Konsolidierung des Staatsvolkes augenscheinlich in den Vordergrund gerückt wurde, zeigte sich die PPR bei der Integration der Ostpolen blind gegenüber der Tragweite regionaler und kultureller Identifikationsmuster und beurteilte diese Menschengruppe vor allem unter dem Blickwinkel ihres vermeintlichen Klassenstandpunktes.

Die Blindheit der politischen Eliten gegenüber der immensen lebensweltlichen Fremdheit, welche die Ostpolen gerade in den ehemaligen deutschen Ostgebieten aushalten mussten, zeigte sich auch in dem Bestreben, keinerlei mit den Belangen der „Repatrianten“ befasste Sonderverwaltungen zuzulassen. Das „Staatliche Repatriierungsamt“ (Państwowy Urząd Repatriacyjny, PUR), das für den Transport der Ostpolen in ihre neuen Siedlungsgebiete zuständig war, wurde nicht selten zu deren Fürsprecher, da die lokalen Behörden und die bereits anwesenden zentralpolnischen Umsiedler die Ansiedlung der Neuankömmlinge erschwerten.⁵⁶ Doch das von der PPR dominierte MZO wandte sich strikt gegen jegliche Sonderbehandlung der ostpolnischen Umsiedler, die sich in einer speziellen Verwaltung für sie hätte institutionalisieren können.⁵⁷ Zwar kritisierte das MZO das Fehlverhalten der lokalen Behörden, das neben anderen Widrigkeiten die ostpolnischen Umsiedler wiederholt vor Schwierigkeiten stellte; doch die rasche „Verschmelzung der einzelnen Bevölkerungsgruppen, die als Folge des Krieges von Migrationsbewegungen betroffen waren“⁵⁸, stand eindeutig im Vordergrund. Eine affirmative action, die sich die tatsächliche soziale und materielle Gleichheit der Ostpolen zum Ziel gesetzt hätte und zu deren Verfechter sich Teile des PUR machten,⁵⁹ war von der kommunistischen Staatsführung, die nicht nur den ethnisch, sondern auch kulturell homogenen Nationalstaat auf ihre Fahnen geschrieben hatte, nicht zu tolerieren.

⁵⁵ Das Referendum vom 30. Juni 1946 war als Test für die Zustimmung zur neuen politischen und sozialen Wirklichkeit in Polen gedacht. Der Bevölkerung wurden drei Fragen vorgelegt, welche die polnischen Kommunisten mit „Ja“ beantwortet sehen wollten: 1. War man für die Abschaffung des Senats (der zweiten Kammer des polnischen Parlaments)? 2. War man für die Landreform und die Verstaatlichung der Industrie? 3. War man für die Beibehaltung der neuen polnischen Westgrenze? Um das Ziel der Kampagne, die unter dem Motto „dreimal ja“ stand, zu erreichen, mussten massive Wahlfälschungen vorgenommen werden. Auf die erste Frage antworteten laut offiziellem Wahlergebnis 68 % mit Ja (tatsächlich 25 %), auf die zweite Frage 77 % (tatsächlich 44 %) und auf die dritte 91 % (tatsächlich 68 %). Siehe dazu *Friszke*: Losy 125 (vgl. Anm. 9).

⁵⁶ *Kochanowski*, Jerzy: Die Aussiedlung der Polen aus den östlichen Woiwodschaften der Republik (1944-1946). Der Versuch einer anderen Perspektive. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 3 (1999) H. 1, 169-197, hier 191.

⁵⁷ *Ther*: Vertriebene 154 f. (vgl. Anm. 51).

⁵⁸ Siehe zum Beispiel das Rundschreiben des MZO vom 13. August 1946. Zitiert nach *Kochanowski*: Aussiedlung 193 f. (vgl. Anm. 56).

⁵⁹ *Ther*: Vertriebene 144 (vgl. Anm. 51).

*Bevölkerungspolitik als Sozialpolitik?
Die polnische Gesellschaft gegen Ende der 1940er Jahre*

Während die Politik der PPR in den beiden ersten Nachkriegsjahren darauf zielte, die „deutsche Frage“ zu einem Instrument für eine gesellschaftliche Konsolidierung unter der Ägide der kommunistischen Parteiführung zu machen, wandelte sich ihr Vorgehen in den darauf folgenden Jahren. Die Utopie von umfassender Gleichheit, die zunächst vor allem in Form nationaler Einheit gegen ein „feindliches deutsches Element“ kommuniziert worden war,⁶⁰ bezog sich mit dem zunehmenden Verschwinden der Deutschen aus Polen – gegen Ende des Jahres 1947 war bereits ein Großteil der deutschen Bevölkerung ausgesiedelt worden⁶¹ – immer stärker auf die nun zu schaffende umfassende soziale Gleichheit. Im Hinblick auf die neuen Nord- und Westgebiete trat jetzt die Frage nach der Kollektivierung des Bodens sowie der Zusammenfassung von Individualwirtschaften in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, welche in den neuen Gebieten bereits in den so genannten „Staatlichen Liegenschaften“ (Państwowe Nieruchomości Ziemskie, PNZ) ihre Vorläufer hatten.⁶² Fragt man für diese Zeitspanne (etwa seit Ende 1947 bis Anfang der fünfziger Jahre) erneut nach dem Zusammenhang von Nationalismus und Kommunismus bei der „Konsolidierung des Staatsvolkes“, so wird deutlich, dass noch immer nationale und soziale Argumentationslinien miteinander konvertiert werden konnten. Die bereits eingeübte Instrumentalisierung nationaler Diskurse blieb bestehen, auch wenn in dieser zweiten Phase eine Verschiebung der Argumentationsstruktur zu erkennen ist. Diese soll nun am Beispiel der Rolle, welche die noch nicht verifizierte masurische Bevölkerung in der Wojewodschaft Allenstein bzw. die noch anwesende deutsche Bevölkerung in der Wojewodschaft Breslau im Prozess radikalerer ökonomischer Umgestaltung spielten, aufgezeigt werden.

Als geradezu paradigmatisch für die Überkreuzung und den unauflösbaren Zusammenhang von nationaler und sozialer Argumentation kann die Figur des Allensteiner Wojewoden Mieczysław Moczar (1913–1986) gelten, der dieses Amt von Herbst 1948 an bis zum Beginn des Jahres 1952 innehatte.⁶³ Moczars Amtsantritt in Allenstein kam einer Strafversetzung gleich. Der zuvor im Sicherheitsapparat tätige Politiker fiel den Säuberungen innerhalb der PPR zum Opfer, aus der im Dezember 1948 durch die Zwangsvereinigung mit der PPS die „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“ (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) entstanden war. Es erging ihm jedoch besser als dem prominentesten Opfer dieser Säuberungen, Władysław Gomułka, der aufgrund „rechtsnationalistischer Abweichung“ den Posten des Generalsekretärs des Zentralkomitees der PPR im September 1948 hatte räumen müssen; auch sein MZO wurde im Januar 1949 aufgelöst, und 1951 wurde er schließlich verhaftet und aus der Partei ausgeschlossen. Moczar hingegen konnte weiterhin poli-

⁶⁰ *Ebenda* 142–145.

⁶¹ *Borodziej*: Einleitung 105 (vgl. Anm. 11).

⁶² *Hofmann*: Nachkriegszeit 168–171 (vgl. Anm. 10).

⁶³ Zur Person und politischen Laufbahn Moczars siehe *Lesiakowski*, Krzysztof: Mieczysław Moczar „Mietek“. Biografia polityczna [Mieczysław Moczar „Mietek“. Eine politische Biografie]. Warszawa 1998.

tisch aktiv sein. Sein Wirken in der Wojewodschaft Allenstein macht deutlich, wie sich ein für „nationalistische Abweichung“ geschmähter Politiker auch in der neuen Wirklichkeit zurechtfinden konnte.

Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt wandte sich Moczar dem Problem von ca. 20000 noch nicht national verifizierten Personen der Vorkriegsbevölkerung zu.⁶⁴ In der Wojewodschaft Allenstein hatten polnischsprachige masurische Aktivisten nach dem Krieg zunächst dafür gesorgt, dass alle Personen, die sich als Ermländer bzw. Masuren bezeichneten, als „Ermländer und Masuren polnischer Abstammung“ angesehen und daher für die polnische Nachkriegsgesellschaft gewonnen werden sollten.⁶⁵ Die bereits erwähnte schlechte Behandlung dieser Bevölkerungsgruppe durch lokale Behörden und die polnischen Neusiedler hatte zur Folge, dass sie sich im Laufe der Zeit von der ihr zugeschriebenen polnischen Abstammung distanzierte. Dadurch verzögerte sich die Verifizierungsaktion. Gleichzeitig wurde die Frage nationaler Zuschreibungen mit Konflikten auf ökonomischer Grundlage verquickt, weil es zu Auseinandersetzungen zwischen polnischen Neusiedlern und zurückkehrenden Masuren kam, die vor der Roten Armee geflohen waren und auf deren Besitz die Neusiedler sich inzwischen niedergelassen hatten. Die uneinheitliche Rückgabe- bzw. Entschädigungspraxis vertiefte nicht selten die Kluft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen.⁶⁶ Die durchaus gut gemeinte Zuschreibung polnischer Herkunft für alle Masuren und Ermländer trug zu einer Verstärkung dieser Kluft bei, denn mit dieser Vereinnahmung en bloc für die polnische Nation wurden quasi feste Identitätsmuster etabliert, die zwangsläufig in die Alltagsauseinandersetzungen hineingezogen wurden und diese vor dem Hintergrund ethnischer Zuschreibungen ablaufen ließen. Diese Konstellation machte sich nun Moczar zunutze, indem er in den ersten drei Monaten des Jahres 1949 das sogenannte Autochthonenproblem durch eine teilweise unter massivem Zwang durchgeführte „Verifizierung“ beseitigte.⁶⁷

Betrachtet man die Argumentation, die diese Aktion begleitete, wird deutlich, dass die nationale Frage erneut instrumentalisiert wurde, wenn auch in einer anderen Konstellation und mit Begründungen, die sich von denen der PPR in der unmittelbaren Nachkriegszeit unterschieden. Während damals die Priorität des „deutschen Problems“ im Raum gestanden hatte und die Bodenreform als Mittel der „Entdeutschung“ propagiert worden war, argumentierte Moczar nun in erster Linie „klassenkonform“, zielte aber ganz augenscheinlich auf die Verifizierungsunwilligen, die sich nicht in die homogene polnische Gesellschaft einpassen wollten. An den 20000 Zwangsverifizierten statuierte Moczar ein Exempel und zeigte, wie man auch in einer Zeit, in der „rechtsnationalistische Abweichler“ entmachteter worden waren, den in der Nachkriegszeit aufs politische Schild gehobenen ethnisch homogenen Nationalstaat als oberstes Ziel verfolgen konnte. Je bedingungsloser Moczar die Verifizierung unter dem Gesichtspunkt der Vermittlung des „richtigen Klassenbewusstseins“ betrieb,⁶⁸ desto offensichtlicher war sein Misstrauen gegen das „fremde

⁶⁴ *Fbenda* 147–152.

⁶⁵ *Kraft*: Wojewodschaft Allenstein 450 f., Anm. 52 (vgl. Anm. 7).

⁶⁶ *Esch*: *Gesunde Verhältnisse* 314–318 (vgl. Anm. 10).

⁶⁷ *Kraft*: Wojewodschaft Allenstein 475–480 (vgl. Anm. 7).

⁶⁸ *Lesiakowski*: Moczar 149–151 (vgl. Anm. 63).

Element“ der Masuren und desto bestimmter fiel auch deren Abwendung von der polnischen Gesellschaft aus.⁶⁹ Die in der Nachkriegszeit zunächst unter nationalen Vorzeichen postulierte Einheit ging nun eine Symbiose mit der sozialen Einheit ein, die auf dem Land seit 1948 durch die Kollektivierung erreicht werden sollte. Die Aussiedlung bereits verifizierter Masuren auf Staatsgüter und deren sich daran anschließendes Beharren auf ihrer deutschen Herkunft machten die Symbiose deutlich, die ethnisch segregierendes Denken und die unter Zwang durchgeführte sozio-ökonomische Umgestaltung eingingen.⁷⁰

Mit der groß angelegten Kollektivierungskampagne seit 1948 wollten die polnischen Kommunisten nach der Besiedlung nun die gesellschaftspolitische Umgestaltung der neuen Gebiete ins Werk setzen.⁷¹ Doch noch weniger als 1945 hatte man es hier mit einer tabula rasa zu tun, auf der am grünen Tisch entworfene Pläne problemlos hätten umgesetzt werden können. Der noch anwesenden deutschen bzw. „autochthonen“ Bevölkerung kam in dieser Phase die Funktion einer Verschiebemasse zu. Bereits zu Beginn des Jahres 1947 hatte die Zentralverwaltung der PNZ in einem Schreiben an das MZO deutlich gemacht, dass der Aussiedlung der auf den PNZ beschäftigten Deutschen die schleppend verlaufende Rekrutierung polnischer Arbeitskräfte im Wege stand.⁷² Auch in den Folgejahren wurden immer wieder deutsche Arbeitskräfte von der Aussiedlung zurückgestellt, da sich zu wenig Polen für die Arbeit auf den Staatsgütern fanden, die allgemein als eine Vorstufe zur Kollektivierung angesehen wurden.⁷³

Wurden die Deutschen auf den PNZ lediglich als Verschiebemasse instrumentalisiert, so lässt sich hingegen am Beispiel deutscher Facharbeiter in der Wojewodschaft Breslau aufzeigen, dass die Markierung der Feinde der polnischen Gesellschaft nicht mehr allein anhand national segregierenden Denkens erfolgte. Im Gegensatz zu der extrem diskriminierenden Behandlung der noch nicht verifizierten Masuren in der Wojewodschaft Allenstein, die nicht in die national homogen gedachte polnische Gesellschaft passten und daher einem klassenmäßigen Umerziehungsprogramm unterworfen wurden, genossen die deutschen Facharbeiter, die als unersetzliche Spezialisten von der Aussiedlung ausgenommen waren, seit Beginn der fünfziger Jahre zunehmend Erleichterungen und kulturelle Vorrechte im Alltagsleben.⁷⁴ Die bis zum Schluss verifizierungsunwilligen Masuren erklärte man in der Wojewodschaft Allen-

⁶⁹ Kraft: Wojewodschaft Allenstein 477-480 (vgl. Anm. 7).

⁷⁰ Ebenda Dokument Nr. 327, 626-628.

⁷¹ Hofmann: Nachkriegszeit 181-186 (vgl. Anm. 10).

⁷² Borodziej/Lemberg (Hgg.): Unsere Heimat, Bd. 1, Dokument Nr. 153, 302-304 (vgl. Anm. 7).

⁷³ Siehe dazu beispielsweise Kraft: Wojewodschaft Allenstein 468 f., 474-476 (vgl. Anm. 7). – Vgl. auch Jankowiak: Wojewodschaft Breslau, Dokument Nr. 247, 596 f., Dokument Nr. 288, 656, Dokument Nr. 289, 657 (vgl. Anm. 6).

⁷⁴ Borodziej: Einleitung 111-113 (vgl. Anm. 11). – Jankowiak: Wojewodschaft Breslau 424 f. (vgl. Anm. 6). – Sowie: Ebenda Dokumente Nr. 309 und Nr. 310, 697-707. Sie alle geben einen Einblick in das Leben der deutschen Bevölkerung in Niederschlesien am Jahresende 1949. – Für die weitere Entwicklung siehe auch Ociepka, Beata: Niemcy na Dolnym Śląsku w latach 1945-1970 [Die Deutschen in Niederschlesien 1945-1970]. Wrocław 1994.

stein, aber vor allem in der Wojewodschaft Białystok schließlich kurzerhand zu Deutschen, um sich dieses Problems zu entledigen.⁷⁵ Den dringend benötigten deutschen Facharbeitern attestierte man den richtigen Klassenstandpunkt und integrierte sie dadurch in die polnische Gesellschaft.⁷⁶ „Deutsch“ bzw. „fremd“ zu sein bedeutete, nicht in das Sozialgefüge der polnischen Gesellschaft zu passen. Diesem Gefüge konnte je nach Bedarf der soziale bzw. der nationale Faktor als der bestimmende zugesprochen werden. Für das Verhältnis zwischen den polnischen Kommunisten und den eher der Nationaldemokratie nahe stehenden Westforschern hatte dies zur Folge, dass letzteren seit Ende der vierziger Jahre vorgeworfen wurde, die deutsch-polnischen Beziehungen aus einer falschen Perspektive zu betrachten. Man kritisierte, dass die Thesen der deutschen Forschung unter umgedrehten Vorzeichen übernommen und deren falsche Methode der Geopolitik verfolgt würde. Fälschlicherweise trete dabei der „slawische Marsch nach Westen“ an die Stelle des „deutschen Drangs nach Osten“. Nicht die deutsch-polnische Feindschaft sei unwandelbar, sondern der Klassenkonflikt sei die historische Konstante. Betrachte man den „Drang nach Osten“, so gelte es, soziale und nicht nationale Verhaltensmuster zu untersuchen.⁷⁷

Fazit

Greift man die eingangs gestellte Frage auf, wie sich Kommunismus und Nationalismus in dieser durch Systemtransformation und Zwangsmigration gekennzeichneten Phase der polnischen Nachkriegsgeschichte gegenseitig beeinflussten, so kann man konstatieren, dass die beiden Elemente nicht unbedingt zeitlich versetzt auftraten, sondern dass zu jeder Zeit nationale und soziale Rhetorik aktiviert und für die jeweilige politische Zielsetzung instrumentalisiert werden konnte. Dabei fällt eine Kontinuität (national) segregierenden Denkens auf, das aus dem Ideenarsenal der polnischen Nationaldemokratie stammte und das vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit Einfluss auf die Gedankenwelt der polnischen Kommunisten gewann. Diese Form der Weltwahrnehmung schlug sich auch in den anscheinend „rein kommunistischen“ politischen Strategien der späten vierziger Jahre nieder, die vordergründig auf das „System“ und nicht auf die Menschen gerichtet waren. Ebenso wie etwa Dan Diner für den polnisch-russischen Krieg im Jahr 1920 die „Verschränkung von sozialen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten“ festgestellt hat,⁷⁸ wird man auch für die polnische Nachkriegsgeschichte von solchen Verschränkungen sprechen können, deren einzelne Elemente je nach politischem Bedarf aktiviert wurden, sodass die Träger der jeweiligen Eigenschaften stigmatisiert wurden. Somit ist die Zäsur, die den Übergang zu einer totalitären Herrschaft bzw. zur Phase des Stalinismus in Polen kennzeichnet, auch nicht eindeutig zu benennen. Es wäre vielmehr zu fragen, wer zu welchem Zeitpunkt auf welche Weise zum Objekt

⁷⁵ Kraft: Wojewodschaft Allenstein Dokument Nr. 333, 641 f. (vgl. Anm. 7).

⁷⁶ Siehe auch Esch: Gesunde Verhältnisse 313 (vgl. Anm. 10).

⁷⁷ Krzoska: Für ein Polen 385–387 (vgl. Anm. 11).

⁷⁸ Diner: Das Jahrhundert verstehen 108 (vgl. Anm. 1).

totalitärer Machtausübung wurde, weil ihm bestimmte Eigenschaften zugeschrieben wurden, die nicht in das Idealbild der neuen polnischen Gesellschaft passten – einer Gesellschaft, deren nationale und soziale Identifikationsmerkmale zunehmend konvertierbar waren. Ganz generell wird man Götz Aly zustimmen können, der auf eine enge Verknüpfung von nationaler und sozialer Homogenisierung als einem grundlegenden Konzept politischer Totalitarismen des 20. Jahrhunderts hingewiesen hat.⁷⁹ Die vielfach beschriebene Schaffung eines ethnisch homogenen Nationalstaats in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg muss daher um die Analyse der sozialen Homogenisierung ergänzt werden.

⁷⁹ Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt a. M. 2005, 360.